

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 157-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.825

Eingereicht am: 02.09.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Hofer (Bern, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 08.09.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Restrukturierungen sowie Personalwechsel an der Spitze und innerhalb des Amtes für Grundstücke und Gebäude (AGG) in der BVE

Seit Juni 2016 ist Michael Blunschi der Vorsteher des Amtes für Grundstücke und Gebäude (AGG), krankgeschrieben.

Blunschi ist mittlerweile der bisher letzte von über 140 Mitarbeitern, der seit der Restrukturierung des ehemaligen Hochbauamtes (HBA) zum jetzigen AGG vor elf Jahren, ausfällt! Die Liste mit den frühzeitig pensionierten und wegen Krankheit ausgestiegenen Mitarbeiter/innen, oder jenen denen gekündigt wurde oder die zum Teil aus Frust selber gekündigt haben, erreicht im Verhältnis zur gesamten Mitarbeiterzahl Rekordwerte.

Die extrem hohen Personalabgänge sind ein deutliches Zeichen dafür, dass das Amt intern entzweit wurde und die Unzufriedenheit unter den Mitarbeitenden stetig stieg.

Innerhalb von zehn Jahren wurden vier Amtsvorsteher ein- und abgesetzt (Drazenka Dragila-Salis blieb nur neun Monate), der aktuelle ist, wie erwähnt, krankgeschrieben. Viele Mitarbeitende, welche sich frühzeitig pensionieren liessen oder kündigten, geben als Gründe die Unzufrie-

denheit und das Klima am Arbeitsplatz an. Die Führung sei angstgesteuert und setze entsprechend unter den Untergebenen an Stelle von Vertrauen auf Misstrauen.

Durch die übermässige Fluktuationsrate entsteht ein immenser Knowhow- und finanzieller Verlust. Dass statt Baufachleuten wie Architekten reine Manager eingestellt werden, deren Können sich auf das Controlling, jedoch nicht auf die Kernaufgabe richtet, ist sozusagen das Sahnehäubchen auf einer Fehlentwicklung.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Sind der Regierung die Zustände im AGG bekannt, sowie die gesamthaft über 140 Abgänge, inklusive jener der Amtsvorsteher/innen Macchi, Dragila-Salis und Haldner?
2. Wenn ja, weshalb hat der Regierungsrat nie interveniert. Dem Personalamt sind die Zustände und die Unzufriedenheit bestens bekannt.
3. Wieviel kosteten die frühzeitigen Pensionierungen und sonstigen Abgänge sowie andere ausserordentliche Personalaufwände im AGG die kantonalen Finanzen?
4. Wie hoch sind konkret die Abgangsentschädigungen?
5. Wie hoch sind die Honorarkosten wegen dem Outsourcing von Aufgaben und Aufträgen an Architekten und Informatik-Anbieter?
6. Wie viele Abteilungsleiter ohne Baukenntnisse wurden seit der Restrukturierung eingestellt?
7. Was gedenkt die Regierung, namentlich die zuständige Direktorin, Barbara Egger, gegen die Zustände und die Unzufriedenheit im AGG zu tun?

Begründung der Dringlichkeit: Das AGG ist seit Juni 2016 krankheitshalber führungslos und deshalb wird Dringlichkeit verlangt.

Verteiler

- Grosser Rat